

## Torschlusspanik beim Bürgertum

Das Ende dieser Legislative ist in den Parlamenten von schweren Angriffen der Bürgerlichen geprägt. Dabei scheinen die Fraktionen von FDP und SVP ein besonderes Interesse daran zu haben noch schnell Verschlechterungen umzusetzen, bevor Ihre Mehrheit gebrochen wird. Ein Kommentar.

So hat sich das die FDP-Präsidentin Petra Gössi mit ihrem trendigen Schwenk in Sachen Umweltpolitik sicher nicht vorgestellt:

Gerade einmal zehn Tage bevor ein neues Parlament gewählt wird, stürzen ihre Freisinnigen in den Umfragen ab. Insgesamt 1,2 Prozentpunkte wird sie in der Wählergunst verlieren, wenn die neuste Umfrage vom SRG-Wahlbarometer recht behält. Anstatt leichte Zugewinne zu verzeichnen, würde die FDP sich damit auch in die lange Reihe der Verlierinnen bei diesen Wahlen einreihen: Bei der erfolgsverwöhnten SVP sieht es nicht besser aus. Ihr droht der Absturz von 29,4 auf 27,3 Prozent. Und auch alle anderen im Nationalrat vertretenen bürgerlichen Parteien werden mit Verlusten rechnen müssen. Einzig die Grünliberalen werden wohl Gewinne (2,7 Prozent plus) feiern können.

Links der Mitte werden vor allem die Grünen zulegen. Mit 3,6 Prozent Zuwachs bei den Stimmen, würden sie als Gewinner aus diesen Wahlen hervorgehen. Die Sozialdemokratie wird weniger Federn lassen müssen als die bürgerliche Konkurrenz, so dass die Verluste nach der Wahl als „Aufhalten des Abwärtstrends“ oder „Stagnation“ erkauf werden können. An den momentanen Kräfteverhältnissen n Parlament ändert das freilich nichts. Immer noch haben die beiden Fraktionen von SVP und FDP eine absolute Mehrheit in der grossen Kammer, wenn all ihre Praktikant\*Innen zur Session erscheinen. Doch eben diese bequeme Mehrheit droht nun SVP und FDP aus den Fingern zu gleiten.

### Nicht alltäglich

Die aktuelle Sitzungsperiode des Parlaments war damit für die Ratsbürgerlichen die vielleicht letzte Gelegenheit, gehörig die Muskeln spielen zu lassen und die Lebensbedingungen der Werktätigen der Schweiz zu verschlechtern, beziehungsweise Steuergeschenke für Gutverdienende auf den Weg zu bringen. Die Kinderabzüge, deren Erhöhung kürzlich beschlossen wurde, ist nur das prominenteste Beispiel und die Spitze des Eisberges. So atmen auch der Antrag zur Verschiebung der Debatte um die Konzernverantwortungsinitiative im Ständerat (der Vorwärts berichtete), das neue Jagdgesetz, die Einführung einer E-ID, die von privaten Konzernen ausgegeben werden soll, wie auch die EFAS- Vorlage (welches die SP als „unverschämtes Entlastungsprogramm für Versicherer“ bezeichnete), den Geist bürgerlichen Allgemeinverstands. Auch Mattea Meyer, SP-Nationalrätin, findet das Vorgehen der bürgerlichen Ratsmehrheit nicht alltäglich, wie sie im Gespräch mit dem Vorwärts erklärt: „Der Ordnungsantrag gegen die Konzernverantwortungsinitiative war schon ausserordentlich. Bei der Frage der Kinderabzüge gab es nicht einmal eine Vernehmlassung und das obwohl es um 350 Millionen Franken geht“.

### VerwalterInnen des Elends

Es stellt sich dennoch die Frage, wie viel Kalkül hinter den Angriffen steckt. Bei SP und Grünen wird viel vom „Linksrutsch gesprochen, den man erkämpfen müsse. Zwar wird die Linke bei diesen Wahlen vermutlich insgesamt „fürschi“ machen. Und der erwartete Wahlausgang könnte für die Schweizer Politlandschaft schon eine moderate Eruption bedeuten, doch wird dies die Verhältnisse im Parlament nicht grundlegend ändern. Weiterhin werden die linken Kräfte eine Minderheit bilden, die zumindest auf die politische Mitte angewiesen sein werden, um Mehrheiten zu bilden. Doch solange die Sozialdemokratie eine Politik betreibt, die sich vor allem auf diese Mehrheitsbildung konzentriert (wie beispielsweise bei der Rentenreform. wo die SP für ein höheres Renteneintrittsalter für Frauen\* kämpfte), wird dieser Teil der Linken die von SP-Präsident Levrat nach den letzten Wahlen 2015 versprochene „Oppositionspolitik“ nicht liefern können. Während nämlich die bürgerlichen Parteien die Linke in den letzten vier Jahren vor sich hertrieben, verlegten sich SP und Grüne darauf sich als VerwalterInnen des Elends zu verstehen.

### Kein Grund zu feiern

Gegen die heftigsten Angriffe, die oftmals auf die Schwächsten und am stärksten Unterdrückten zielten, wurde nicht vehement gekämpft, um sie auch in irgendeiner Form verhindern zu können. Man verlegte sich darauf, sie zu mildern. In manchen Fällen, wie den Forderungen Daniel Jositschs nach der Einführung einer 60-Stunden-Woche im Herbst 2017 gaben sich Sozialdemokrat\*innen gleich selbst als Stichwortgeber\*innen des Bürgertums her. Dass man damit nicht „pragmatisch“ agiert und sich wählbar macht, zeigt das Hick-Hack um die Rentenreform. für die keine Mehrheiten zu finden sind, auch wenn die Classe Politique permanent Reformdruck reklamiert. Das aktuelle Vorgehen der Ratsrechten ist zwar die ungebrochene Fortsetzung ihrer Politik der letzten vier Jahre. Gleichzeitig zeigt sie aber Schwäche. Solange die parlamentarische Linke diese Schwäche nicht nutzt, um ihrerseits in die Offensive zu gehen, haben wir aber keinen Grund zu feiern.

Florian Sieber.

Vorwärts, 18.20.2019.

Personen > Sieber Florian. Nationalratswahlen 2019. Vorwaerts, 2019-10-18